

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/2599 –

### Lehrermangel konsequent bekämpfen

#### A. Problem

Die Fraktion der AfD stellt fest, dass nach einem Gutachten im Auftrag des Verbands Bildung und Erziehung e. V. (VBE) in Deutschland im Jahr 2030 81.000 Lehrkräfte fehlen werden. Der Lehrkräftemangel sei auch eine Folge steigender Schülerzahlen und der Pensionierungswelle bei Lehrern. Besonders besorgniserregend dabei sei der geringe Neuzugang an ausgebildeten Lehrkräften in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik (MINT) sowie Sport. Darüber hinaus würden der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern, die geplante Inklusion sowie die personelle Unterstützung von Schulen in herausfordernden sozialen Lagen zu einem weiteren Bedarf an Lehrkräften führen.

#### B. Lösung

Die AfD-Fraktion spricht sich in ihrem Antrag für eine Aufstockung der Lehramtsstudiengänge, der Referendariatsplätze und mehr Lehrpersonal an Schulen aus. Mit einem „Qualitätspakt Schule“ sollen Bund und Länder gemeinsam die Herausforderungen angehen und die bestehenden Probleme verringern. Neben der Verbesserung der Möglichkeiten von sogenannten Quer- und Seiteneinsteigern im Lehramtsberuf fordert die AfD-Fraktion unter anderem auch eine deutliche Reduzierung des Einsatzes von Lehrern in unterrichtsfremden Tätigkeiten.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/2599 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2022

## **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Kai Gehring**  
Vorsitzender

**Katrin Zschau**  
Berichterstatterin

**Daniela Ludwig**  
Berichterstatterin

**Laura Kraft**  
Berichterstatterin

**Peter Heidt**  
Berichterstatter

**Nicole Höchst**  
Berichterstatterin

**Nicole Gohlke**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Katrin Zschau, Daniela Ludwig, Laura Kraft, Peter Heidt, Nicole Höchst und Nicole Gohlke**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/2599** in seiner 47. Sitzung am 7. Juli 2022 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Sportausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Digitales und den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion der AfD stellt fest, dass nach einem Gutachten im Auftrag des Verbands Bildung und Erziehung e. V. (VBE) in Deutschland im Jahr 2030 81.000 Lehrkräfte fehlen werden. Der Lehrkräftemangel sei auch eine Folge steigender Schülerzahlen und der Pensionierungswelle bei Lehrern. Besonders besorgniserregend dabei sei der geringe Neuzugang an ausgebildeten Lehrkräften in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik (MINT) sowie Sport. Darüber hinaus würden der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern, die geplante Inklusion sowie die personelle Unterstützung von Schulen in herausfordernden sozialen Lagen zu einem weiteren Bedarf an Lehrkräften führen.

Die die Bundesregierung solle dazu aufgefordert werden, gemeinsam mit den Bundesländern einen Qualitätspakt Schule zu schließen, unter anderem zur

- Aufstockung der Lehramtsstudiengänge, insbesondere für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer;
- Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen für das Lehramtsstudium im Bereich Sport;
- Ausschreibung von Stipendien an den Universitäten für Mangelfächer;
- Werbung an den Universitäten für einen Wechsel von Studenten in ein Lehramtsstudium;
- Aufstockung der Referendariatsplätze in den Studien- und Ausbildungsseminaren, insbesondere für mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer;
- Aufstockung des Lehrpersonals an Schulen, um den chronischen Unterrichtsausfall zu reduzieren. Höhere Zuweisung von Planstellen;
- deutlichen Reduzierung des Einsatzes von Lehrern in unterrichtsfremden Tätigkeiten;
- deutlichen Entlastung der Lehrer von bürokratischen Tätigkeiten;
- Verbesserung der Möglichkeiten von sog. Quer- und Seiteneinsteigern im Lehramtsberuf (ausgenommen für das Fach Sport);
- Aussetzung der Zuverdienstgrenze für pensionierte Lehrkräfte sowie
- Finanzierung einer bundesweiten Kampagne, um die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Sportausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/2599 in seiner 15. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/2599 in seiner 24. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 20/2599 in seiner 18. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 20/2599 in seiner 34. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Digitales** hat den Antrag auf Drucksache 20/2599 in seiner 16. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/2599 in seiner 17. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/2599 in seiner 18. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Die **Fraktion der AfD** trägt zunächst ihre Kritik am Digitalpakt Schule vor, der den Föderalismus nicht hinreichend berücksichtige und auch vom Bundesrechnungshof als mangelhaft bewertet worden sei. Da dieser Pakt nun jedoch existiere, müsse auf eine sinnvolle Verwendung der Gelder und förderliche Ausweitung hingewirkt werden.

Nach dem Gutachten des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) fehlten in Deutschland prognostisch im Jahre 2030 etwa 81 000 Lehrkräfte. Dieser Lehrkräftemangel sei eine Folge steigender Schülerzahlen bei gleichzeitiger Pensionierungswelle von Lehrkräften. Hinzukomme eine große Überlastung von Lehrkräften, was vermehrt zu Krankenständen sowie dem Wechsel in die Teilzeit führe. Besorgniserregend sei auch der geringe Neuzugang von Lehrkräften, insbesondere in den wichtigen MINT-Fächern. In den letzten 30 Jahren habe sich gezeigt, dass hier auch Quereinsteigswerbemaßnahme nicht weiterhelfen würden. Daher sei es wichtig, von Grund auf zu untersuchen, was den Lehrerberuf in einem Arbeitsmarkt, auf dem generell Fachkräftemangel herrsche, attraktiv für junge Menschen mache. Zudem müssten Lehramtsstudiengänge in Zusammenarbeit mit den Universitäten erheblich aufgestockt werden.

Des Weiteren macht die Fraktion der AfD auf strukturelle Probleme an Schulen aufmerksam, die möglicherweise mit einer Aufstockung der Referendariatsplätze behoben werden könnten. Auch der Wegfall von unterrichtsfremden Aufgaben, wie z. B. beim Ganzttag oder der Inklusion, wäre hierzu ein wichtiger Beitrag. Letztlich greife der Antrag auf, was auch Eltern- und Lehrerverbände forderten.

Die **Fraktion der SPD** weist eingangs darauf hin, dass die Positionen des VBE und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bekannt seien und die Attraktivität des Berufsfeldes im Zusammenhang mit dem Lehrkräftemangel sicherlich eine Rolle spiele. Auch sei voranzustellen, dass die Verantwortung bei der Fachkräftegewinnung in den Händen der Länder liege. Dabei gehe es vor allem auch um die Deckung des mittelfristigen Bedarfs an Studienabsolventinnen und -absolventen, um eigene Bedarfe zu decken. Gleichwohl müsse man sich auch auf Bundesebene fragen, ob man derzeit und zukünftig den Bildungs- und Betreuungsbedarf für Kinder und Jugendliche an jedem Ort in Deutschland in qualitativ guter Weise sicherstellen und ein angemessenes Arbeitsumfeld für Lehrkräfte und Erzieher/-innen gewährleisten könne.

Im Zeitalter globaler Wissensgesellschaften seien Fachkräfte entscheidend für die Qualität des Bildungssystems. Ihrer Ausbildung komme gewissermaßen eine systemische Bedeutung zu. Aus diesem Grund gebe es die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“, welche durch Bundesfinanzmittel unterstützt werde.

Im nationalen Bildungsbericht 2022 würden teils erhebliche Personalengpässe in einigen Bereichen vorhergesagt, die sich weiter verschärfen würden. Im Schulbereich würden nach offizielle Bedarfsschätzungen etwa 30 000 Lehrkräfte an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen bis 2030 fehlen. Besonders groß sei der zusätzliche und nach heutigem Stand nicht gedeckte Bedarf an zusätzlichem Personal in der frühen Bildung in Westdeutschland, wo bis 2025 mehr als 70 000 Fachkräfte fehlen könnten. Hinzu komme in diesem Zeitraum ein weiterer Zusatzbedarf von bis zu 65 600 Fachkräften durch den Rechtsanspruch auf ein Ganztagsangebot im Grundschulbereich.

Gleichwohl habe es nur bedingt Sinn, einfach mehr Geld in das bestehende System zu geben. Es müsse auch geprüft werden, welche strukturellen Veränderungen auf welcher Ebene erfolgen müssten, damit die Lehrkräftebildung bedarfsdeckend und bedarfsgerecht erfolge. Die einzelnen Länderministerien stünden hier unter starkem Druck. Trotzdem scheine es bisher noch keinen Bedarf zu geben, sich innerhalb der gegebenen Strukturen des Föderalismus auf eine gemeinsame Problemanalyse zu verständigen und auf dieser Grundlage Verabredungen zu treffen. Diese könnten sich unter anderem auf gemeinsame Vorgaben und verbindliche Mindeststandards bezüglich der Prognostik, der Kapazitätsplanung und der Bedarfsdeckung beziehen.

Auch bedürfe es einer veränderten Grundannahme. So gebe es keinen regionalen, sondern einen bundesweiten Lehrkräftemarkt, der als solcher länderübergreifend zu betrachten sei. Der Lehrkräftemarkt sei mit fast einer Millionen Unterrichtenden an öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen der größte Teilmarkt des öffentlichen Dienstes. Notwendig sei ein öffentlicher Diskurs, der bisherige Selbstverständlichkeiten wie z. B. die Zukunft des ersten Staatsexamens oder die Dauer des Vorbereitungsdienstes hinterfrage.

Die Fraktion der SPD hält fest, dass der vorliegende Antrag ein sehr wichtiges Thema adressiere und richtigerweise die Attraktivität des Lehrerberufes in den Mittelpunkt stelle. Der Antrag beantworte jedoch nicht die strukturellen Fragen und komme aufgrund einer unzureichenden Problemanalyse auch nicht zu zielführenden Lösungsansätzen, weshalb man diesen ablehne.

Die **Fraktion der CDU/CSU** schließt sich der Einschätzung an, dass der Lehrkräftemangel ein dringendes Thema darstelle. Die Situation sei jedoch nicht neu und bestehe bereits seit einigen Jahren. Bundeslandübergreifend gebe es ein Problem bei der Erhebung des zukünftigen Lehrbedarfs. Die Prognosen träfen meistens nicht zu, sodass es immer wieder Lehrer mit Fächerkombinationen gebe, für die es kein Bedarf gebe. Hier brauche es auch bundesseitige Lösungen. Der alleinige Verweis auf die Zuständigkeit der Bundesländer sei nicht der richtige Ansatz. Gleichwohl sollte ein Eingriff in den Bildungsföderalismus möglichst vermieden werden. Daher sei es der richtige Ansatz, wenn der Bund an bestimmten Stellen unterstützend tätig werde, ohne die volle Verantwortung zu übernehmen. Im Hinblick darauf, was Lehrkräfte an den Schulen derzeit bereits leisteten, sollte die Politik davon Abstand nehmen, immer noch mehr Verantwortung den Schulen zu übertragen und jenseits der Stoffvermittlung zu erwarten, dass möglichst im gleichen Stundenkontingent zusätzliche Erziehungsleistungen erbracht würden.

Der vorliegende Antrag gehe durchaus in die richtige Richtung und behandle ein wichtiges Thema, vermische aber die Zuständigkeiten zu sehr, weshalb man ihn ablehnen werde. Festzuhalten bleibe, dass der Fachkräftemangel auch bei der Lehrerausbildung nicht haltmache, weshalb man genau im Blick behalten sollte, wie man von Bundesseite unter Beibehaltung des Bildungsföderalismus unterstützend tätig werden könne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betont, dass ausreichend gut ausgebildete Lehrkräfte entscheidend für ein gutes Schulsystem seien. Das Problem des Lehrkräftemangels existiere schon seit längerem und werde mit Blick auf die drohende Pensionswelle auch in Zukunft bestehen bleiben. Daher müsse man sich für mehr Nachwuchslehrkräfte einsetzen. Dabei seien nicht nur Grundschulen und Schulen in den Blick zu nehmen, sondern auch Berufsschulen. Die Regierungskoalition habe Maßnahmen vereinbart, um dort anzusetzen, wo der Bund unterstützen könne. Es sei klar, dass der Bund das Problem nicht alleine lösen könne, was auch nicht notwendig sei. Wichtig sei aber, dass man sich im Ansatz mit den Ländern, Kommunen und auch mit den Schulen austausche. Man müsse für mehr Nachwuchsfachkräfte werben, um Entlastungen für Schulen und Lehrkräfte zu erreichen. Geplant sei eine Koordinierungsstelle zur Lehrkräftefortbildung. Auch werde man Weiterbildungsangebote vernetzen und schaffen, wofür eine bessere Abstimmung mit den Ländern erforderlich sei.

Darüber hinaus habe die Regierungskoalition vor, die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ deutlich weiterzuentwickeln. Die Lehrkräftebildung müsse auf den neuesten Stand gebracht und der Bereich des Seiten- und Quereinstieg vorangebracht werden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bemerkt, dass Schule mehr sei als reine Wissensvermittlung. In der Pandemie habe man gesehen, dass Lehrkräfte zunehmend unter Druck gestanden hätten. Lehrkräfte sollten primär ihrer Lehrtätigkeit nachgehen können, sodass bei den zunehmenden Problemen, die es im Umfeld der Schulen gebe, eine Unterstützung durch mehr Sozialarbeiter/-innen, Sonderpädagogen und Sonderpädagoginnen besonders wichtig sei. Das Startchancen-Programm setze hier an, welches gezielt Schulen mit Problemen unterstütze und somit auch Lehrkräfte entlasten könne.

Die **Fraktion der FDP** merkt an, dass sie im Hinblick auf den Lehrkräftemangel bereits in der letzten Wahlperiode einige Forderungen formuliert habe. Auch andere Fraktionen hätten das Thema bereits früher als die AfD-Fraktion adressiert und fundiertere Anträge eingebracht. Der Antrag der AfD sei hingegen nicht gut ausgearbeitet und wirke „zusammengeschustert“. Die Fraktion der FDP bittet die Bundesregierung darzustellen, was in dieser Legislaturperiode bereits auf den Weg gebracht worden sei, und erklärt an die CDU/CSU-Fraktion gerichtet, dass diese als Teil der vorherigen Bundesregierung bereits einiges hätte angehen können.

Im Hinblick auf den angesprochenen Bildungsföderalismus brauche es nach Ansicht der Koalitionsfraktionen ein Kooperationsgebot und kein Kooperationsverbot. Um Probleme im Bildungsbereich zu lösen, sei es hier eine Veränderung notwendig, was eine seit langem bestehende Forderung der FDP sei.

Der Antrag enthalte weitgefasste Forderungen, wie z. B. die „modernste Ausstattung in allen Bereichen“ für Schulen, was im Wesentlichen eine kommunale Aufgabe sei. Auch bei der Forderung nach eine „Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes in allen Bundesländern“ stelle sich die Frage, in welcher Form dies den Bund betreffen solle. Insgesamt sei der Antrag nicht hilfreich, weshalb man diesen ablehnen werde.

Die FDP-Fraktion legt dar, dass Lehrkräfte Unterstützung in Form von professionell ausgebildeten Fachkräften benötigten. Die Schule der Zukunft müsse ein Ort multiprofessioneller Teams sein. Richtig ausgebildete Quereinsteiger könnten dies fördern. Die FDP-Fraktion habe bereits vor langer Zeit ein Vier-Stufen-Modell für die beste Lehrerqualität vorgelegt, um Lehrkräfte dabei zu unterstützen, noch besser zu unterrichten und die besten Absolventen für den anspruchsvollen Lehrerberuf zu begeistern. Es brauche attraktive Arbeitsbedingungen, eine sehr gute Aus- und Fortbildung, transparente Aufstiegsmöglichkeiten sowie eine Bezahlung, die das Engagement belohne. Mit dem Vier-Stufen-Modell für die beste Lehrerpoltik wolle man den wichtigsten Job für die Bildung auch zum begehrtesten machen.

Ein Problem stelle die praxisferne Lehrerausbildung dar. So fühlten sich 60 Prozent der angehenden Lehrer nicht auf die digitalen Anforderungen in der Schule vorbereitet und über 30 Prozent wollten nach dem Studium nicht im Lehrerberuf arbeiten. Die Attraktivität des Lehrerberufs müsse daher dauerhaft gesteigert werden. Das Thema werde auch im Koalitionsvertrag adressiert, in dem unter anderem die gemeinsame Einrichtung einer Koordinierungsstelle Lehrkräftefortbildung von Bund und Ländern, die Vernetzung bundesweiter Fort- und Weiterbildungsmodelle sowie die Unterstützung der Qualifikation von Schulleitern festgeschrieben seien.

Die **Fraktion DIE LINKE.** trägt vor, aufgrund der Bedeutung des Themas bereits im Februar dieses Jahres und auch schon in der letzten Legislaturperiode einen Antrag zum Lehrkräftemangel vorgelegt zu haben. Es sei zwar zu begrüßen, dass das Thema im Antrag der AfD adressiert werde, die konkreten Forderungen sehe man jedoch kritisch. So zeige der Antrag weder Methoden noch Maßnahmen auf, durch die tatsächlich mehr Lehrkräfte ausgebildet, die Bedingungen verbessert oder die Attraktivität des Berufes erhöht würden. Vielmehr würden die Forderungen nach Stipendien, Bestenauslese und Förderung des Wettbewerbs unter den Studierenden zu einer Verkleinerung der Basis an potentiellen Lehrkräften führen.

Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. bedürfe es einer Veränderung der Rahmenbedingungen und dem Ausbau des BAföG, damit mehr junge Menschen überhaupt ein Studium aufnehmen könnten. Auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen beispielsweise durch die Gleichstellung bei der Bezahlung von Lehrkräften unabhängig von Schulform und Schulstufe sei ein wichtiger Punkt, um für mehr soziale Gerechtigkeit auch unter den Lehrkräften zu sorgen. Solche Ansätze fehlten jedoch im Antrag der AfD-Fraktion. Auch die Äußerungen in Bezug auf Inklusion und Ganztags, die Ausdruck einer geringschätzenden Haltung seien, sehe man kritisch. Im Hinblick auf die richtige Feststellung der AfD-Fraktion, dass viele Lehrkräfte überlastet seien und es zu einem vorzeitigem Ausscheiden aus dem Beruf komme, sei es realitätsfern davon auszugehen, dass ein flexibler Eintritt in den Ruhestand, durch den mehr Menschen über das Renteneintrittsalter hinaus arbeiten könnten, eine Lösung darstelle.

Um mehr Lehramtsstudienplätze zu schaffen, sei eine Mitfinanzierung durch den Bund aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. notwendig, da die Länder dies nicht alleine stemmen könnten. Daher sei es auch richtig, von dem bereits angesprochenen Kooperationsgebot auszugehen und eine Abschaffung des Kooperationsverbots zu fordern. Die AfD-Fraktion halte hingegen weiter an den Fehlern der Föderalismusreform fest. Auch deshalb lehne man den Antrag ab.

Die **Bundesregierung** weist in Bezug auf die Frage der FDP-Fraktion darauf hin, dass sich die neue Regierungskoalition eine stärkere Kooperationskultur mit den Ländern vorgenommen habe. Hier stehe man in einem sehr engen Austausch. Nach dem verfassungsrechtlichen Rahmen seien allerdings unverändert die Länder für die Anstellung von Lehrkräften und die Ausgestaltung des Lehrerberufs zuständig. Der Bund verfüge hier weder über die besondere Expertise noch über die Entscheidungskompetenz, könne aber im Rahmen einer Aufgabenteilung innerhalb der eigenen Zuständigkeit einerseits dazu beitragen, dass sich Lehrkräfte auf ihren eigentlichen Beruf konzentrieren könnten und andererseits durch eine bessere Vernetzung von theoretischen Forschungsergebnissen mit der praktischen Umsetzung einen Mehrwert in Bezug auf die Qualität leisten.

Im Zuge des Digitalpakts habe sich die Bundesregierung mit Ländern und Kommunen im Frühjahr zusammengesetzt, um eine neue Beschleunigung im Mittelabfluss und in der Bewilligung zu erreichen. Erfreulicherweise würden die aktuellen Zahlen zeigen, dass auch im Bereich der IT-Administration – einer wichtigen Zusatzvereinbarung beim Digitalpakt – erste Abrufe zu sehen seien. Dies sei ein wesentlicher Punkt, um Lehrkräfte zu entlasten, damit diese neben ihrer eigentlichen Berufung nicht noch digitale Geräte warten müssten.

Darüber hinaus sei auch die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ ein Erfolgsinstrument, welches wesentliche Beiträge zur Vernetzung von Theorie und Praxis leiste. Eine neue Initiative auf Basis des Koalitionsvertrags seien die Kompetenzzentren zum digitalen und digital gestützten Unterrichten in Schule und Weiterbildung. Auch die Präsidentin der KMK habe deren Wichtigkeit für die Länder unterstrichen. Mit der ersten Säule im MINT-Bereich gebe es das erste Kompetenzzentrum, was jetzt ausgeschrieben sei. Nach den ersten Rückmeldungen sei man sehr zuversichtlich, zeitnah etwas Gutes zu erreichen. Auch die anderen drei Kompetenzzentren seien jetzt in Vorbereitung. Dabei werde es wesentlich sein, auch hier in enger Vernetzung mit den zuständigen Stellen der Länder im Bereich der Lehrkräfteaus- und Fortbildung das Wissen, was es in der Forschung gebe, schnell in die Praxis zu bringen und die beteiligten Akteure eng miteinander zu vernetzen.

Schließlich sei auch auf den Fachkräftegipfel hinzuweisen, bei dem neben dem Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil insbesondere die Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger die bildungspolitische Perspektive miteingebracht habe. Es gebe ein Fachkräfteproblem in vielen Bereichen, wozu auch der Lehrerberuf gehöre. Im Antrag der AfD-Fraktion fehlten jedoch Ausführungen dazu, dass auch die Zuwanderung ein wesentlicher Hebel sei, um den Fachkräftemangel in den Griff zu bekommen. Auch an dieser Stelle gebe es Hürden, da die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse in diesem Fall Ländersache sei, aber auch hierzu sei der Bund mit den zuständigen Akteuren in sehr engem Austausch, um für diese Probleme eine Lösung zu finden.

Berlin, den 21. September 2022

**Katrin Zschau**  
Berichterstatterin

**Daniela Ludwig**  
Berichterstatterin

**Laura Kraft**  
Berichterstatterin

**Peter Heidt**  
Berichterstatter

**Nicole Höchst**  
Berichterstatterin

**Nicole Gohlke**  
Berichterstatterin